

STAATSINSTITUT
FÜR SCHULPÄDAGOGIK
MÜNCHEN



Lehrplan f. Berufsoberschulen - Sozialkunde 1978

Sozialer Lehrplan für Berufsoberschulen

Z-V BY

SOZIALKUNDE

S-6(1978)

1978

Georg-Eckert-Institut BS78



1 130 991 1

Staatsinstitut für Schulpädagogik
München

VORBEMERKUNGEN

1. Einführung in den Curricularen Lehrplan 1
2. Allgemeine Ziele der Sozialkundeunterrichtslehre an der Berufsoberstufe 2
3. Anlage des Lehrplans 4
4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise 6

LEHRPLAN

1. Schüler 1
1. Gesellschaftliche Struktur
SOZIALKUNDE 2
2. Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen
politischer Ordnungsprämissen 11
3. Schulpädagogik
an
Berufsoberschulen 17
3. Grundmodelle pädagogischer Unterrichtstheorien und Lerntheorien 17
4. Strukturen und Prozesse 21

**Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek**

83/1711

Juli 1978

Gefördert aus Mitteln des Freistaates Bayern und des Bundesministeriums
für Bildung und Wissenschaft.

Erschienen im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht
und Kultus Teil I, Jahrgang 1978, Sondernummer 33 vom 28. Juli 1978

Herausgeber:
Staatsinstitut für Schulpädagogik, Arabellastraße 1, 8000 München 81
Telefon 089 / 9214 2183

Herstellung und Vertrieb:
A. u. R. Hintermaier, Edlingerplatz 4, 8000 München 90, Tel. 089/ 651 55 45

Z-V 34
S-6(1978)

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORBEMERKUNGEN	1
1. Einführung in den Curricularen Lehrplan	1
2. Allgemeine Ziele des Sozialkundeunterrichts an der Berufsoberschule	3
3. Anlage des Lehrplans	4
4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise	5
LEHRPLAN	
1. Schuljahr:	
1. Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse	6
2. Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen	11
2. Schuljahr:	
3. Grundmodelle politischen Denkens und Demokratietheorien	17
4. Strukturen und Prozesse internationaler Politik	21

VORBEMERKUNGEN

1. Einführung in den Curricularen Lehrplan

1.1 Allgemeine Zielsetzung

Der vorliegende Lehrplan legt didaktische Schwerpunkte für den Unterricht fest. Im Rahmen dieser Vorgaben bleibt eine beträchtliche Entscheidungsfreiheit des Lehrers für die persönliche Unterrichtsgestaltung erhalten. Nach wie vor trägt jeder Lehrer eine hohe erzieherische Verantwortung. Wenn dieser Lehrplan darauf verzichtet, erzieherische Handlungen bis ins einzelne festzulegen, soll dies keineswegs eine Verengung des Unterrichts auf intellektuelle oder instrumentelle Lernziele bedeuten.

1.2 Struktur des Lehrplans

Der Lehrplan ist nach vier didaktischen Kategorien geordnet: Ein Lernziel wird anhand eines Lerninhalts mittels bestimmter Unterrichtsverfahren angestrebt; die Lernzielkontrolle zeigt auf, inwieweit das Lernziel auf dem eingeschlagenen Weg erreicht worden ist. Mit dieser Gliederung entspricht der Curriculare Lehrplan weitgehend der Unterrichtspraxis, die in der Regel nach einem solchen Modell verläuft.

1.3 Lernzielbeschreibungen

Lernziele müssen möglichst eindeutig und differenziert formuliert werden, um die Schüler vor Überforderung zu schützen, Leistungsbewertung vergleichbar zu machen und einheitliche Grundlagen für weiteres Lernen zu schaffen. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, werden daher zur Beschreibung im Curricularen Lehrplan einheitliche Begriffe verwendet, die zwar der Alltagssprache entnommen sind, aber – aufbauend auf lerntheoretischen Erkenntnissen – in ihrer Bedeutung präzisiert wurden. Ein Lernziel wie „Fähigkeit, die Strukturen einer Industriegesellschaft zu beschreiben“ besteht aus einem persönlichkeitsbezogenen Teil (Fähigkeit) und einem inhaltsbezogenen Teil (die Strukturen einer Industriegesellschaft zu beschreiben). Die Begriffe, die den erwünschten Lerngewinn beim Schüler beschreiben, haben einen zweifachen Aussagewert:

(1) Sie geben Auskunft über die Zugehörigkeit des Lernziels zu einer der vier Zielklassen (Wissen, Können, Erkennen, Werten). Das Lernziel „Überblick über den Aufbau der Verwaltung“ z. B. gehört jener Klasse von Zielen an, die sich besonders auf den Erwerb von Informationen bezieht (Zielklasse Wissen); das Lernziel „Fähigkeit, die Strukturen einer Industriegesellschaft zu beschreiben“ hingegen bezieht sich vornehmlich auf das Durchführen von Operationen (Zielklasse Können).

Je nach Zielklasse wird also durch das Lernziel ein didaktischer Schwerpunkt festgelegt, der auch das maßgebliche Kriterium für die Lernzielkontrolle bildet. In der Unterrichtspraxis greifen die Zielklassen allerdings weitgehend ineinander und bedingen sich oft gegenseitig. So kann es nicht Absicht sein, Wissen ohne Einsicht, Können ohne Kenntnis oder Verständnis ohne Wertung zu vermitteln.

(2) Sie geben Auskunft über den gewünschten Intensitätsgrad des Lernens innerhalb einer Zielklasse. Der Begriff „Überblick (über den Aufbau der Verwaltung)“ z. B. bezeichnet die Anforderungsstufe, auf der ein Lerngegenstand gelehrt werden soll. Überblick ist in dem zugrundeliegenden Beschreibungssystem Ausdruck für eine erste Begegnung mit einem Wissensgebiet, verlangt kein tieferes Eindringen. Hingegen würde „Vertrautheit (mit dem Aufbau der Verwaltung)“ eingehende Spezialkenntnisse bedingen.

Übersicht über die Lernzielbeschreibungen

Zielklassen	WISSEN Informationen	KÖNNEN Operationen	ERKENNEN Probleme	WERTEN Einstellungen
Anforderungsstufen	<p>Einblick: (in Ausschnitte eines Wissensgebiets) beschreiben erste Begegnung mit einem Wissensgebiet</p> <p>Überblick: (über den Zusammenhang wichtiger Teile)</p>	<p>Fähigkeit: bezeichnet dasjenige Können, das zum Vollzug von Operationen notwendig ist.</p>	<p>Bewußtsein: Die Problemlage wird in ihren wichtigen Aspekten erfaßt</p>	<p>Offenheit Interesse ...</p> <p>Neigung ...</p>
	<p>Kenntnis: verlangt stärkere Differenzierung der Inhalte und Betonung der Zusammenhänge</p> <p>Vertrautheit: bedeutet souveränes Verfügen über die vielen Teilinformationen und Zusammenhänge</p>	<p>Fertigkeit: verlangt eingeschliffenes, fast müheloses Können</p> <p>Beherrschung: bedeutet souveränes Verfügen über die eingeübten Verfahrensmuster</p>	<p>Fähigkeit*</p>	<p>Einsicht: Eine Lösung des Problems wird erfaßt, bzw. ausgearbeitet</p> <p>Verständnis: Eine Lösung des Problems wird überprüft und ggf. anerkannt.</p>

* Besondere Anforderungen, aus denen eine Stufung des Begriffs Fähigkeit hervorgeht, werden durch Zusätze (z. B. bezüglich der geforderten Selbständigkeit, Genauigkeit oder Geschwindigkeit) angegeben.

2. Allgemeine Ziele des Sozialkundeunterrichts an der Berufsoberschule

Die Sozialkunde in der Berufsoberschule dient der politischen Bildung. Sie soll den Schüler befähigen, politische Sachverhalte möglichst rational zu beurteilen. Der Sozialkundeunterricht strebt folgende Ziele an:

1. Bereitschaft
 - die freiheitliche demokratische Ordnung, wie sie im Grundgesetz und in der Verfassung des Freistaates Bayern festgelegt ist, zu bejahen und zu verteidigen;
 - sich im gegebenen Fall für Freiheit, Frieden, Recht und Menschenwürde auch tätig einzusetzen;
 - einen Sachverhalt von verschiedenen Seiten zu sehen sowie begründete Standpunkte und Werthaltungen anderer Menschen zu achten und zu tolerieren;
 - demokratische Verantwortung zu übernehmen und Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen.
2. Fähigkeit
 - sich die für die Beurteilung eines Sachverhalts notwendigen Informationen zu beschaffen und anzueignen bzw. Informationsdefizite und Ungewißheiten zu beschreiben;
 - Texte auszuwerten, aus Statistiken und Bildmaterial Sachinformationen zu entnehmen;
 - Aussagen wie Ist- oder Soll-Aussagen, Beschreibungen, Erklärungen, Deutungen, Wertungen zu unterscheiden;
 - Urteile auf Widersprüche, zugrundeliegende Wertvorstellungen und Interessen zu überprüfen;
 - individuelle und soziale Bestimmungs- und Einflußfaktoren der politischen Urteilsbildung festzustellen;
 - nach politischen Möglichkeiten zu fragen und die Kategorien des Wünschbaren und Gesollten einerseits, des Faktischen und Möglichen andererseits zu unterscheiden;
 - gesellschaftlich-politische Sachverhalte zu gliedern, zu ordnen und Probleme zu erfassen;
 - Hypothesen aufzustellen, Alternativen zu entwickeln und auf ihre Realisierbarkeit im jeweiligen Bedingungsfeld zu überprüfen;
 - verstandene Sachverhalte mit angemessenen Methoden darzustellen und in Diagramme, Schaubilder, Übersichten oder Skizzen zu übertragen.
3. Erkennen
 - der Mehrwertigkeit und Mehrdeutigkeit gesellschaftlich-politischer Erscheinungen und Vorgänge;
 - der strukturellen, prozeßhaften und historischen Zusammenhänge gesellschaftlich-politischer Sachverhalte;
 - des begrenzten bzw. verfälschten Aussagewertes einseitiger Beschreibungen und Erklärungen;

- von Herrschafts- und Machtstrukturen und -prozessen sowie von Konflikt- und Integrationsvorgängen in der Politik;
- der Notwendigkeit von Institutionen mit begrenzter Zwecksetzung und ordnungspolitischen Grundentscheidungen;
- der Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen und Kompromisse einzugehen;
- der Wirkungen von Entscheidungsinhalten und Entscheidungsverfahren auf die beteiligten und betroffenen Menschen;
- der Relativität jeder politischen Problemlösung;
- der Leistungsfähigkeit und enthaltenen Wertungen von angewandten Methoden und theoretischen Ansätzen;
- der Aussagekraft von angewandten Darstellungsformen.

Diese Ziele beziehen sich vorwiegend auf den kognitiven Bereich. Damit sollen affektive Ziele nicht ausgeklammert werden. Der politische Unterricht ist auch darauf angewiesen, beim Schüler Freude und Interesse an der Auseinandersetzung mit politischen Fragen zu wecken und zu entwickeln. Sie unterliegen jedoch in der politischen Bildung der verstandesmäßigen Erkenntnis und Steuerung.

Der Sozialkundeunterricht soll im Schüler den Willen zum politischen Handeln stärken. Ein Unterricht im Auftrag der Gesamtgesellschaft ist jedoch nicht zur praktischen Politik und damit auch nicht zur praktischen Austragung sozialer und politischer Konflikte legitimiert. Politische Bildung versteht sich vielmehr als Voraussetzung vernunftsbestimmten und humanen Handelns. Sie bereitet so zum Handeln vor, das sich auf die politische Vernunft stützt und den demokratischen Spielregeln entspricht. Die Zielbestimmung des rationalen politischen Urteilens schließt ein, daß zur Erreichung der Ziele des Wertens (Bereitschaft), des Könnens (Fähigkeit) und des Erkennens jeweils spezifisches Sachwissen notwendig ist.

3. Anlage des Lehrplans

Die Auswahl und Anordnung der Lernziele berücksichtigen den Bildungsstand und die Bedürfnisse der Schüler, die Bildungsaufgaben der Berufsschule (Art. 60 des GbSch) und die fachliche Bedeutung. Der Lehrplan baut auf das bis zu einem mittleren Bildungsabschluß, insbesondere im Sozialkundeunterricht der Berufsschule und Berufsaufbauschule erworbene Wissen und Können auf. Es wird vorausgesetzt, daß die Schüler die wichtigsten politischen Ordnungsformen, insbesondere das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, die politischen Prozesse und Wertvorstellungen sowie die Außen- und internationale Politik in den Grundzügen kennen und sich mit den Hauptaspekten der Arbeits- und Berufspolitik sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigt haben.

In der Berufsschule werden die ausgewählten Themenbereiche vorwiegend problem- und theoriebezogen behandelt. Im 1. Themenbereich (Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse) werden sowohl die Grundzüge und Grundprobleme einer Industriegesellschaft vermittelt als auch die für die Behandlung des politischen Bereichs erforderlichen Kenntnisse über die gesellschaftlichen Grundlagen des politischen Systems. Gleichzeitig erfolgt eine Einführung in Fragestellungen und Methoden sozialwissenschaftlichen Arbeitens. Bei dem darauf aufbauenden Themenbereich „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen“ können im Vergleich zu den anderen Themenbereichen gute Kenntnisse vorausgesetzt werden. Hier sind deshalb durch Einbeziehung anderer, besonders auch alternativer Ordnungsvorstellungen und der Kritik am parlamentarischen Regierungssystem die Schüler zur kritikfähigen Identifikation mit den Werten und Normen unserer Verfassung und zur vertieften Auseinandersetzung mit den Aufgaben und der Tätigkeit gesellschaftlich-politischer Institutionen zu befähigen. Im 3. Themenbereich werden dann — auf dem Hintergrund des Demokratietenspruchs vieler politischer Systeme — die gegensätzlichen theoretisch-normativen Konzeptionen des Pluralismus und Monismus einander gegenübergestellt. Nachdem in der Berufsschule und Berufsaufbauschule die wichtigsten

Einrichtungen und Grundprobleme der internationalen Politik behandelt wurden, stehen im Mittelpunkt des 4. Themenbereichs europäischer, sicherheits- und entwicklungspolitische Fragen.

Die bei den einzelnen Themenbereichen jeweils ausgewiesenen Richtziele geben an, unter welchen didaktischen Schwerpunkten die Themen zu behandeln sind. Sie werden durch den jeweiligen Themenbereich bezogenen Unterricht erreicht. Die Grobziele beziehen sich auf Unterrichtsthemen und sind in einer möglichen Verlaufsform angeordnet. Die in diesem Lehrplan aufgestellten „Allgemeinen Ziele des Sozialkundeunterrichts an der Berufsbereitschule“, Richtziele und Grobziele können einander zugeordnet werden und stehen in einem Sinnzusammenhang. Die Komplexität und Intensität des zu behandelnden Stoffes ergibt sich außerdem aus den Lernzielbegriffen (vgl. S. 3).

4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise

Die angegebenen Lernziele und Lerninhalte sind grundsätzlich verbindlich. Sie lassen dem Lehrer die Freiheit zur Bestimmung von Feinzielen, zur Erweiterung und Vertiefung der Inhalte sowie zur Schwerpunktbildung entsprechend der jeweiligen Ausbildungsrichtung. Sind bei den Lerninhalten mehrere Beispiele angeführt, muß der Lehrer eine Auswahl treffen.

Der Lehrplan ist so berechnet, daß nach Durchnahme der verbindlichen Teile (Lernziele und Lerninhalte) und nach Abzug von unvermeidlichem Unterrichtsausfall und Prüfungszeit noch ein pädagogischer Freiraum übrigbleibt. Er steht für den erzieherischen Bereich des Unterrichts und für andere Tätigkeiten, die nicht der direkten Vermittlung von Lerninhalten dienen, zur Verfügung.

Die Angaben zum Unterrichtsverfahren, Stundenumfang und zur Lernzielkontrolle sind als Anregung und unverbindliche Vorschläge anzusehen. Die Hinweise zur Lernzielkontrolle dürfen nicht als Aufforderung zu ständiger Leistungsbewertung (Benotung) mißverstanden werden. Vielmehr sollten Lehrer und Schüler auf besonders geeignete Möglichkeiten hingewiesen werden, sich über den Erfolg ihres Lehrens und Lernens selbst Rechenschaft zu geben.

Der politische Unterricht muß von den Erfahrungen und Einstellungen der Schüler ausgehen. Aufgabe des Unterrichts ist es, die vielschichtigen politischen Sachverhalte durchschaubar zu machen. Dies verlangt, daß der Blick in erster Linie auf die Ausgangssituation und den einzuleitenden Bildungsprozeß zu richten ist. Der Lehrer sollte sich deshalb ein möglichst wirklichkeitsnahes Bild über die politischen Erfahrungen und Verhaltensweisen der in der jeweiligen Klasse befindlichen Schüler verschaffen und diese bei der Unterrichtsgestaltung berücksichtigen.

Der Unterricht in der Berufsbereitschule soll den Schülern die Studierfähigkeit vermitteln. Es ist deshalb besonderes Gewicht darauf zu legen, daß die bereits in der Berufsaufbauschule erfolgte Anleitung zum selbständigen Arbeiten konsequent und systematisch fortgesetzt wird. Um das Einüben methodenbezogener Kenntnisse und Fähigkeiten zu gewährleisten, sind überwiegend Unterrichtsformen zu wählen, die den selbständigen Umgang der Schüler mit Quellen, empirischen Materialien und Sekundärliteratur verlangen.

LEHRPLAN

1. Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse

- Richtziele:
1. Kenntnis von Merkmalen und Vorentscheidungen gesellschaftlicher Strukturierungs- und Beziehungsmodelle
 2. Fähigkeit, durch die Anwendung soziologischer Methoden und Auswertung von Fachliteratur einfache Probleme aus dem beruflichen und persönlichen Erfahrungsbereich aufzuarbeiten
 3. Fähigkeit, zentrale gesellschaftliche Erscheinungen zu beschreiben sowie Aussagen und Urteile über gesellschaftliche Sachverhalte zu diskutieren
 4. Einsicht in das Spannungsverhältnis zwischen Freiheitschancen und Steuerungstendenzen, sozialer Mobilität und Sicherheitsverlangen
 5. Offenheit für gesellschaftspolitische Aufgaben und Bereitschaft, an deren Lösung mitzuwirken

LEARNZIELE	LEARNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LEARNZIELKONTROLLE
1.1 Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit von Individuum und Gesellschaft	Stellung des einzelnen in der Gesellschaft als Ergebnis der Sozialisation und Personalisation: <ul style="list-style-type: none"> — Rolle und Position — Status und Schichtzugehörigkeit — Mobilität 	Erfarbeiten an einem Beispiel aus dem Erfahrungsbereich der Schüler, z. B. Facharbeiter, Schüler Klären der Begriffe mit Hilfe eines Fachwörterbuches Veranschaulichen in graphischen Darstellungen	Erläuterung der gegenseitigen Abhängigkeit an einem Beispiel
1.2 Fähigkeit, gesellschaftliche Vorgänge und Einrichtungsziele und Probleme sozialwissenschaftlichen Arbeits zu beschreiben	Gesellschaft: regelhaftes Zusammenleben von Menschen, soziale Interaktionen Politik: gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen und Problemlösungen Sozialwissenschaftliches Arbeiten: <ul style="list-style-type: none"> — Ziele, z. B. Beobachten, Beschreiben und Erklären von Grundstrukturen, Wirkungskräften und Bedingungen sozialer Systeme — Probleme, z. B. Komplexität der Systeme, Vielfalt der Ursachen, Unbeständigkeit von Lösungen 	(2 Std.) Diskutieren der Vieldeutigkeit des Begriffs „Gesellschaft“ in Anknüpfung an 1.1 Vergleichen verschiedener Politikbegriffe anhand von Fachwörterbüchern Überprüfen von Textauszügen gleichen Sachverhalts (z. B. Statistiken mit erläuterndem Text) in arbeitsteiligen Gruppen oder vorbereitender Hausarbeit Herausarbeiten der grundsätzlichen Probleme an einem aktuellen Beispiel	Zuordnung von Fällen zu den Kategorien Gesellschaft oder Politik Erläuterung der Ziele und Probleme an einem Beispiel

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>1.3 Fähigkeit, die Strukturen einer vorindustriellen und einer industriellen Gesellschaft vergleichend zu beschreiben</p>	<p>Strukturmerkmale der vorindustriellen und industriellen Gesellschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bestimmung der sozialen Stellung; Geburt, Besitz, Leistung; Mobilität, Über-schaubarkeit - Familienform: Großfamilie, Kleinfamilie - Arbeitsverfassung: familien-bedingt, produktionsbedingt - Wirtschaftsform: Agrarwirt-schaft, Kapitalwirtschaft - soziale Sicherung: koopera-tiv-ständisch, staatlich - Herrschaftsbeziehungen: persönlich, rational - Sozialisation: familiär, in-stitutionell 	<p>Sammeln von Beschreibungskategorien im Unterrichtsgespräch Erarbeiten der einzelnen Strukturmerkmale anhand von Sach-texten (z. B. von Bolte) in ar-beitsteiligen Gruppen oder Dar-bieten durch Schülerreferate Vergleichende Gegenüberstel-lung im Tafelbild</p>	<p>Diskussion der These von der „guten alten Zeit“</p>
<p>1.4 Überblick über soziologi-sche Modelle zur Beschrei-bung des Statusaufbaues der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutsch-land Bewußtsein von den die-liegenden normativen Entscheidungen</p>	<p>Soziologische Modelle:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterscheidungsmerkmale verschiedener Schichtungsmodelle (z. B. von Bolte, Dahrendorf, Geiger) gegen-über dem dichotomisch-antagonistischen Modell von Marx - Problematik der Einteilungs-kriterien und Beurteilungs-möglichkeiten (Schichtkri-terien: Beruf, Bildung, Macht, Leistung, Einkommen, Be-sitz, Wohnverhältnisse) <p>Schichtungstheoretische Ansätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - funktional (z. B. von Parsons) - konflikttheoretisch (z. B. von Dahrendorf) - verteilungstheoretisch (z. B. von Lenski) 	<p>Darbieuten der verschiedenen Modelle mit Hilfe von Graphi-ken Erarbeitendes Unterrichtsgespräch über Einteilungskrite-rien und Beurteilungsmöglich-keiten Erarbeiten der grundsätzli-chen Merkmale verschiedener Schichtungstheorien anhand von Fachliteratur in arbeitstei-ligen Gruppen Diskutieren und Bewerten der einzelnen Denkpositionen</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Interpretation von statistischem Material anhand verschiedener wissenschaftstheoretischer Positionen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>1.5 Einblick in die Dynamik sozialer Strukturen und in den Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse</p>	<p>Charakteristische Merkmale des sozialen Wandels:</p> <ul style="list-style-type: none"> - innere Dynamik sozialer Strukturen - Weiträumigkeit sozialer Verflechtung (z. B. Ausweitung der sozialen Abhängigkeiten, Erweiterung der Wissens- und Informationsbereiche) - Pluralität und Differenziertheit - Spannungsfeld von Freiheits- und Steuerungstendenzen - veränderte Lebenshaltungen (z. B. Konsumstreben, Freizeitorientierung) 	<p>Schülerreferate zu den einzelnen Merkmalen anhand von Fachliteratur und Zusammenfassungen in Thesenform</p> <p>Diskutieren der einzelnen Thesen und Aktualisieren durch Beispiele (Hinweisen auf Offenheit und Determiniertheit des sozialen Wandels)</p>	<p>Überprüfen der Thesen an anderen aktuellen Beispielen</p>
<p>1.6 Einsicht in Zusammenhänge von Berufs- und Beschäftigungsstrukturen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bedingungen</p>	<p>Merkmale der Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse in einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - hochgradige Arbeitsteilung: Spezialisierung und Professionalisierung - hohe Produktivität durch intensiven Kapitaleinsatz: veränderte Berufsqualifikationen - Trennung von Arbeit und Freizeit 	<p>Erarbeiten der wirtschaftlichen Bedingungen an einem Beispiel aus dem Erfahrungsbereich der Schüler</p> <p>Veranschaulichen der Veränderungen durch Auswertung statistischen Materials</p> <p>Auswerten von Fachliteratur (z. B. von Schelsky) zu den Veränderungen bei den Berufs- und Beschäftigungsstrukturen in arbeitsteiligen Gruppen (3 Std.)</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen technologischer Entwicklung und Beschäftigungsstruktur an einem konkreten Beispiel</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>1.7 Bewußtsein von bildungs- politischen Problemen, die sich aus demographischen, wirtschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben</p>	<p>Probleme aufgrund der Sozialisations- und Ausbildungsfunktion des Bildungssystems:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung der Kapazitäten des Bildungssystems auf die Bevölkerungsentwicklung - Spannung zwischen Bildungsnachfrage und Arbeitsplatzangebot - Spannung zwischen pädagogischer Autonomie und gesellschaftlichen Erfordernissen - Abhängigkeit des Bildungsangebots von der Finanzkraft öffentlicher Haushalte 	<p>Auswerten von Statistiken und veranschaulichen in einem Kurvendiagramm</p> <p>Vergleichen unterschiedlicher Aussagen (Textauszüge) in Gruppenarbeit</p> <p>Gegenüberstellen der Zuwachsraten des schulischen Bereichs und des Gesamthaushalts durch Auswertung von Haushaltsberichten</p>	<p>Begründete Stellungnahme zu bildungspolitischen Thesen</p>
<p>1.8 Einsicht in die Bedeutung und Grenzen der sozialen Sicherung aufgrund der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Industriegesellschaft</p>	<p>Erweiterung der staatlichen Sozialfunktion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründe: ausschließliche Entlohnung der Arbeitskraft anstelle einer umfassenden Fürsorge in der ständischen Ordnung - Bereiche: z. B. Versicherungs-, Arbeitsschutz, Einkommens- und Vermögensbildung - Grenzen: z. B. wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, Einschränkung der Eigenverantwortung 	<p>Erarbeiten der Gründe in Anknüpfung an die Arbeitsverfassung in Lernziel 1.3</p> <p>Schülerreferate über einzelne Bereiche der sozialen Sicherung (vergleiche Lernziel 2.3/2.4 des Lehrplans für Berufsschulen)</p> <p>Auswerten statistischen Materials aus dem Sozialbudget</p> <p>Diskutieren der Ambivalenz des zunehmenden Umfangs sozialer Sicherung</p>	<p>Überprüfung der Argumente in einer Diskussion über aktuelle Probleme, z. B. Rentenversicherung</p>

(3 Std.)

(3 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>1.9 Bewußtsein der unterschiedlichen Macht und Einflußgruppen Einsicht in die Notwendigkeit, menschliches Zusammenleben und Machtausübung durch Recht und Herrschaft zu regeln</p>	<p>Macht als komplexes Phänomen, z.B. Macht durch wirtschaftliche Konzentrationen, Informationen, personelle Verbindungen, Ideologie, Institutionen Ordnungsaufgabe und Zwangscharakter des Rechts Recht zur Ausübung und Beschränkung von Herrschaft</p>	<p>Vergleichen verschiedener Machtbegriffe anhand von Textauszügen Erarbeiten der Machtfaktoren durch Fallanalyse oder in arbeitsteiligen Gruppen durch Auswertung statistischer Materials und aktueller Beispiele Verdeutlichen von Wesen und Funktion des Rechts an Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Schüler (3 Std.)</p>	<p>Widerlegung eindimensionaler Aussagen zur Machtverteilung (z. B. ausschließliche Gleichsetzung von politischer und wirtschaftlicher Macht) und zur Funktion des Rechts (Rechtspraxis des Nationalsozialismus bzw. des Marxismus — Kommunismus)</p>

2. Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen politischer Ordnungsvorstellungen

- Richtziele:
1. Einsicht in die Notwendigkeit normativer Grundentscheidungen
 2. Einsicht in die Bedeutung und Funktionen politischer und staatlicher Institutionen im Rahmen demokratischer Herrschaftsausübung
 3. Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit von normativer Grundentscheidung und offener Willensbildung im demokratischen Herrschaftssystem
 4. Einsicht in die Bedeutung von Gewaltverstränkung und Gewaltenkontrolle für eine freiheitlich-demokratische Willensbildung
 5. Bereitschaft, in der freiheitlichen demokratischen Ordnung mitzuarbeiten und Angriffe abzuwehren
 6. Bereitschaft, die Funktionen und Aufgaben politischer Institutionen an den Grundwerten der Menschenwürde und der Gewährleistung von Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit zu messen

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>2.1 Kenntnis der im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung getroffenen normativen und staatsorganisatorischen Grundentscheidungen</p> <p>Bereitschaft zur Bejahung dieser Grundentscheidungen</p>	<p>Verfassungsrechtlich festgelegte Grundwerte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Selbstbestimmung als Ausdruck individueller Freiheit – Unantastbarkeit der Menschenwürde unter Anerkennung vorstaatlicher Rechte und Unantastbarkeit der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt – Gleichheit der politischen Rechte – Soziale Verpflichtungen des Staates <p>Staatsorganisatorische Strukturprinzipien:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Volkssouveränität als Basis parlamentarischer Demokratie – Bindung der Staatsgewalten an Verfassung, Gesetz und Recht – Beschränkung und Teilung der staatlichen Machttausübung – Institutionalisierung von Sozial- und Bundesstaatlichkeit 	<p>Erarbeiten der Notwendigkeit und der Inhalte eines Minimalkonsens für das gesellschaftliche Zusammenleben im Unterrichts-gespräch; Festhalten der Kategorien an der Tafel</p> <p>Auswerten der einschlägigen Artikel des Grundgesetzes und von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts entsprechend den vorgegebenen Kategorien</p> <p>Aufzeigen der Bedeutung dieser Grundwerte an konkreten Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Schüler</p> <p>Erarbeiten einer Übersicht über die Strukturprinzipien durch Aufgreifen der Schülerkenntnisse und Interpretieren des Artikels 20 Grundgesetz</p>	<p>Vergleich von Artikeln der Bayer. Verfassung mit entsprechenden Artikeln des Grundgesetzes und/oder Gegenüberstellung der staatsorganisatorischen Strukturprinzipien der Bundesrepublik Deutschland und der DDR</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>2.2 Einsicht in die Notwendigkeit der Sicherung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung</p>	<p>Schutzbestimmungen des Grundgesetzes gegenüber verfassungsförmigen Bestrebungen seitens der Bürger, Verbände, Parteien der Regierenden</p>	<p>Darstellen eines einschlägigen Falles, in dem Schutzbestimmungen des Grundgesetzes wirksam werden (z. B. Verbot der sozialistischen Reichspartei, der KPD) Überprüfen der Verbotsscheidungen anhand des Grundgesetzes Interpretieren der weiteren Schutzbestimmungen im Unterrichtsgespräch mit Hilfe von Verfassungskommentaren (2 Std.)</p>	<p>Überprüfung der Argumente in einer Diskussion über die Begriffe „wehrhafte“, „abwehrbereite“ und „streitbare“ Demokratie unter Heranziehung von Beispielen</p>
<p>2.3 Fähigkeit, das Menschenbild, das dem Grundgesetz zugrundeliegt, zu beschreiben</p>	<p>Personalität im Spannungsfeld von Individualität und Sozialität</p>	<p>Schülerreferate über das Menschenbild anhand der einschlägigen Artikel des Grundgesetzes und von Urteilen des Verfassungsgerichts (1 Std.)</p>	<p>Abgrenzung des Menschenbildes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegenüber dem Menschenbild sozialistischer Verfassungen</p>
<p>2.4 Einsicht in Chancen, partikuläre Interessen in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen</p>	<p>Einbringung und Durchsetzung von Gruppeninteressen im politischen Willensbildungsprozess: - Funktionen: Artikulation, Aggregation, Selektion von Interessen - Methoden, z. B. Information, Beratung, Kontrolle, Personalpolitik, Kooperation, finanzielle Unterstützung - Wirksamkeit der Aktivitäten, z. B. durch Mitgliederzahl und Organisationsgrad, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung - Institutionalisierte Beteiligungsverfahren</p>	<p>Zusammenstellen möglicher Interessen und Bewerten im Hinblick auf Durchsetzungschancen oder Auswerten z. B. von Verbandsatzungen und Geschäftsordnungen der Regierungen Erarbeiten der Methoden und der Faktoren der Wirksamkeit an Fallbeispielen (2 Std.)</p>	<p>Abwägung der Durchsetzungschancen bestimmter Interessen an einem konkreten Beispiel</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>2.5 Einsicht in die Funktion der Parteien als notwendige Bestandteile eines freiheitlichen demokratischen Willensbildungsprozesses</p>	<p>Stellung der Parteien in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verfassungsrechtlich hervor gehobene Stellung der Parteien: Wirkungsmöglichkeiten und Verbot von Parteien, Anforderungen an die innere Ordnung der Parteien - Funktionen der Parteien: Integrations-, Rekrutierungs-, Organisations-, Sprachrohr-, Vermittlungsfunktion - Zusammenhänge zwischen Wahlrecht und Parteiensystem 	<p>Erarbeiten der hervorgehobenen Stellung der Parteien mit Hilfe eines Kommentars zum Grundgesetz</p> <p>Veranschaulichen der Parteiorganisation an einem Schaubild und Auswerten des Parliamentsgesetzes</p> <p>Verdeutlichen der rechtlichen Bestimmungen an konkreten Beispielen (z. B. Sendezeiten)</p> <p>Erarbeiten der Funktionen im Unterrichtsgespräch</p>	<p>Abgrenzung der Parteifunktionen in freiheitlichen demokratischen Ordnungen gegenüber sozialistischen politischen Ordnungen</p>
<p>2.6 Fähigkeit, Wirken und Strukturen der Massenmedien an ihren Aufgaben im politischen Willensbildungsprozeß zu messen</p>	<p>Abhängigkeit der Erfüllung der Informations-, Meinungs-, Bildungs-, Kritik- und Kontrollaufgaben der Medien von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsform: privatwirtschaftlich organisierte Presse, öffentlich-rechtliche Anstalten, staatliche Medien - Organisationsstruktur, z. B. Stellung von Redakteuren, Redaktionsstatute - presserechtlichen Bestimmungen, z. B. Auskunftsanspruch, Zeugnisverweigerungsrecht, Gegendarstellungspflicht - ökonomischen Rahmenbedingungen, z. B. Werbung, Monopolstellung - journalistischer Fairneß 	<p>Zusammenfassendes Wiederholen der Medienaufgaben aus dem Vorwissen der Schüler (vgl. Richtziel 5 des Lehrplans für Berufsschulen)</p> <p>Erarbeiten der wesentlichen Unterschiede (Gegenüberstellung im Tafelbild) und überprüfen der durch die Organisation bedingten Wahrnehmung der Aufgaben im Unterrichtsgespräch</p>	<p>Stellungnahme zu aktuellen Aussagen über medienpolitische Reformvorhaben (z. B. privates Kabelfernsehen)</p>

(2 Std.)

LEHRPLANKONTROLLE

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>2.7 Einsicht in die enge Verflechtung von Regierung und Parlamentsmehrheit als Wesensmerkmal des parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland</p>	<p>Funktionseinheit „regierende Mehrheit“:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regierungsbestellung nach Artikel 63 und 64 des GG - Balance von Auflösungsrecht der Regierung und Amtensthebenungsrecht des Parlaments nach Artikel 67 und 68 GG - personelle Identität von Regierungsmitgliedern und Führungskräften bzw. Mandatsträgern der Regierungsparteien) - Identität von Regierungs- und Mehrheitsprogramm 	<p>Schülerreferate über die gegenseitige Abhängigkeit von Regierung und Parlament anhand des GG, gegebenenfalls Einsatz von Originalaufzeichnungen</p> <p>Erarbeiten der Identität im Unterrichtsgespräch und Veranschaulichen an einigen Beispielen</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Erläuterungen einschlägiger Fälle anhand von Pressmaterial, GG und Geschäftsordnung des Bundestages</p>
<p>2.8 Einsicht in Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Opposition</p>	<p>Rolle der Opposition im politischen Prozeß:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten: Kontrolle, Alternative, Kooperation, Wahrnehmung der Machtwechselchance, - Möglichkeit der verfassungsrechtlichen Überprüfung politischer Entscheidungen - Grenzen: Majoritätsprinzip in Plenum und Ausschüssen, geringe Verfügbarkeit von Informationen und Arbeitsmitteln 	<p>Erarbeiten der Oppositionsrolle unter Zuhilfenahme des Grundgesetzes (vergleiche z. B. Artikel 42, 76, 77, 63, 67, 61, 79, 93)</p> <p>Veranschaulichen an konkreten Fallbeispielen</p> <p>Problematisieren der Oppositionsfunktion in der Diskussion</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Erläuterung der Oppositionsrolle an einem konkreten Fall</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
2.9 Einblick in die unterschiedliche Nutzung des parlamentarischen Instrumentariums im politischen Prozeß	<p>Nutzung des parlamentarischen Instrumentariums durch Opposition bzw. „regierende Mehrheit“:</p> <ul style="list-style-type: none"> - formelle Kontrollmittel: z. B. große, kleine und mündliche Anfragen, aktuelle Stunde - Zitierecht des Parlaments und Rederecht der Regierung - Debatte über die Regierungserklärung - parlamentarische Untersuchungsausschüsse - Parlamentsbeschluß und Gesetzesbeschluß 	<p>Erarbeiten der Instrumentarien, z. B. anhand von Originalaufzeichnungen</p> <p>Auswerten der rechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes (Artikel 44) und der Geschäftsordnung des Bundestages (z. B. §§ 76, 75, 43, 104 ff., 12, 33, 60, 63) oder von Textauszügen aus Fachliteratur</p> <p>Gegenüberstellen der unterschiedlichen Nutzung im Tafelbild</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Darstellung der Kontrollmittel anhand von Beispielen</p>
2.10 Fähigkeit zur Stellungnahme in der Parlamentarismusdiskussion	<p>Befürwortung und Kritik des Parlamentarismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - partizipatorische und repräsentative Elemente - Rede- und/oder Arbeitsparlament - Funktionsverlust bzw. Gewinn bei politischen Entscheidungen 	<p>Textanalysen z. B. von Leibholz, Agnoli nach vorgegebenen Kategorien</p> <p>Erstellen einer Synopse der Argumente</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Widerlegung bzw. Begründung eines Vorschlags zur Parlamentsreform</p>
2.11 Einsicht in die Rolle des Bundesrates als Vertretung der Länder- und Parteiinteressen	<p>Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Legitimation des Bundesrates - Initiativrechte - absolutes und suspensives Veto - Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes 	<p>Unterrichtsgespräch über die Legitimation des Bundesrates in Anknüpfung an 2.10</p> <p>Darstellen je eines Fallbeispiels zu der unterschiedlichen Nutzung der Kompetenzen des Bundesrates in Schülerreferaten</p> <p>Erstellen einer Übersicht über die Gesamttätigkeit des Bundesrates durch Auswertung statistischer Unterlagen</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Abfassung eines Unterrichtsprotokolls</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>2.12 Einsicht in die Funktion des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen des Systems von Gewaltenteilung und Gewaltenteilung und Gewaltenteilung</p>	<p>Aufgabe und Stellung des Bundesverfassungsgerichts: - Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichtes: z. B. Auslegung des Grundgesetzes in Bezug auf Rechte und Pflichten oberster Bundesorgane, Vereinbarkeit von Bundes- und Landesrecht, Verwirklichung der Grundrechte, Parteienverbot, Verfassungsbeschwerden - Gesetzeskraft von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts - Unabhängigkeit der Bundesverfassungsrichter: Wahl und Stellung - Problem der Entscheidungspflicht</p>	<p>Erarbeiten der Zuständigkeit in individueller Schülerarbeit anhand des GG und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Veranschaulichen in einer schematischen Übersicht Verdäutlichen an Beispielen Unterrichtsgespräch über die Unabhängigkeit der Verfassungsrichter und über die Bedeutung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im politischen Prozeß (Vergleich mit dem Prinzip der Selbstbescheidung in politischen Fragen beim Supreme Court der USA)</p>	<p>Analyse eines Falles: Angabe der relevanten rechtlichen Bestimmungen und Stellungnahme zu Bedeutung und Folgen des Urteils</p>
<p>2.13 Überblick über den Aufbau der Verwaltung in Bund und Ländern</p>	<p>Sektorale und vertikale Gliederung der Verwaltung: - grundsätzliche Verwaltungs-kompetenz der Länder (Art. 30 GG) - bundeseigene, landeseigene Verwaltung und Bundesauf-tragsverwaltung</p>	<p>Erarbeiten eines Schemas Darstellen der vertikalen Gliederung an einem der Ausbildungsrichtung entsprechenden Beispiel</p>	<p>Erläuterung der wesentlichen Gliederungsprinzipien der Verwaltung</p>
<p>2.14 Einblick in die Stellung der Verwaltung zwischen Bürger und Regierung</p>	<p>Funktionen der Verwaltung: - Ausführung von Gesetzen und Rechtsverordnungen - eigene Rechtssetzung - Unterstützung von Regierung und Parlament - Kontrolle der Verwaltungstätigkeit</p>	<p>Erarbeiten der einzelnen Funktionen an einem Beispiel aus dem Erfahrungsbereich der Schüler (z. B. Steuerbescheid)</p>	<p>Darstellung der Rolle der Verwaltung zwischen der Anforderung nach Bürgernähe und Erfüllung des Verwaltungsauftrags</p>

LEHRBÜCHER FÜR DEN FACHUNTERRICHT IN DER VERWALTUNG
 VERGLEICHENDE LEHRE DER VERWALTUNG
 VERGLEICHENDE LEHRE DER VERWALTUNG

3. Grundmodelle politischen Denkens und Demokratie-Theorien

- Richtziele:
1. Fähigkeit, die Intentionen und Wertprämissen des Verfassers in einem Quellentext zu bestimmen
 2. Bewußtsein, daß Realitätseinschätzung, Interessenlagen und philosophisch konzipierte Denk- und Wertsysteme die politische Willensbildung, die Machtlegitimation und den politischen Konsens bzw. Dissens beeinflussen
 3. Einsicht, daß in einer freiheitlichen Demokratie die Respektierung der Pluralität von Interessen, Meinungen und Wertvorstellung unabdingbar ist
 4. Bereitschaft, eine Herrschaftsordnung anzuerkennen und zu unterstützen, die unter Respektierung der Pluralität von Interessen, Meinungen und Wertvorstellungen sowie der Würde des Menschen als des obersten Wertes darauf abzielt, allen Bürgern in gleicher Weise die Freiheit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zu verantwortlicher Lebensgestaltung zu gewährleisten

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>3.1 Einsicht in die Abhängigkeit politischer Leitbilder von Werturteilen, Wirklichkeits einschätzung und politischer Funktion</p>	<p>Ideologiebegriffe und Theorieauffassungen, z. B. von Tracy, Mannheim, Geiger nach</p> <ul style="list-style-type: none"> — gesellschaftlich-historischem Hintergrund — gesellschaftlich-politischer Funktion — Wahrheitsgehalt (Annäherungsgrad der Realitätserfassung) 	<p>Gegenüberstellen von zwei gegensätzlichen theoretischen Erkenntnissen zum gleichen Sachverhalt</p> <p>Erarbeiten verschiedener Ideologiedefinitionen in Referaten oder arbeitsteiligen Gruppen</p> <p>Erarbeiten von Kategorien zur Kennzeichnung von Ideologien (2 Std.)</p>	<p>Überprüfung der Definitionen anhand einiger ideologieverdächtigster bzw. nicht-ideologischer Aussagen zur politischen Wirklichkeit</p>
<p>3.2 Fähigkeit, die den verschiedenen demokratischen Ansätzen zugrundeliegenden Wertentscheidungen festzustellen</p>	<p>Grundwerte konservativer, liberaler und sozialistischer Demokratie-Theorien:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Menschenbild — Verhältnis von Freiheit und Gleichheit — Verhältnis von Staat und Gesellschaft 	<p>Ausgehend von den Grundwerten und -entscheidungen, die dem Grundgesetz zugrundeliegen (vgl. Lernziel 2.1 und 2.3) Erarbeiten der grundsätzlichen Fragestellungen im Unterrichtsgespräch</p> <p>Auswerten einschlägiger Textauszüge in Partner- oder Gruppenarbeit; Erstellen von Themenpapieren</p> <p>Vergleichendes Betrachten und Diskutieren der Grundpositionen (4 Std.)</p>	<p>Überprüfung demokratietheoretischer Aussagen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den Grundentscheidungen nach dem Grundgesetz und Abgrenzung zu totalitären Staaten</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>3.3 Überblick über die Strukturprinzipien demokratiethoeretischer Grundkonzepte</p>	<p>Demokratie-theoretische Ansätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - radikaldemokratisch (Rousseau, Marx, Luxemburg) - demokratisch-zentralistisch (Lenin) - elitär - parlamentarisch-repräsentativ 	<p>Darbringen der verschiedenen Ansätze in Schülerreferaten oder Lehrervortrag</p> <p>Diskutieren im Hinblick auf ihre Durchführbarkeit und die ihnen zugrundeliegenden Wertentscheidungen im Rückgriff auf Lernziel 3.2</p> <p>(4 Std.)</p>	<p>Zuordnung von historischen und aktuellen Beispielen politischer Ordnung zu den demokratie-theoretischen Ansätzen</p>
<p>3.4 Kenntnis der Strukturprinzipien der pluralen Demokratie und der ihr zugrundeliegenden Wertentscheidungen</p>	<p>Pluralismuskonzeption als Weiterentwicklung der liberalen Demokratiefassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - vom Liberalismus übernommene Werte wie Toleranz, Freiheitsrechte, Gewaltenteilung, Konkurrenz - gegenüber dem Liberalismus veränderte Wertentscheidungen wie Überwindung des Individualismus, kollektive Interessenvertretung - Pluralismus in der politischen Willensbildung - Wahrheitsproblematik und „offener Gemeinwohlbegriff“ - Wertpluralismus und Notwendigkeit eines Grundkonsens 	<p>Erstellen eines Tafelbildes über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Liberalismus und Pluralismus im Unterrichtsgespräch</p> <p>Erörtern der in der Pluralismuskonzeption getroffenen Entscheidungen anhand kontroverser Texte und Begründen dieser Entscheidungen in einer Diskussion</p> <p>(4 Std.)</p>	<p>Zusammenstellung der Argumente, die für die Pluralismuskonzeption und gegen die Konzeption des klassischen Liberalismus sprechen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>3.5 Einsicht in die fundamentalen Unterschiede zwischen der pluralen und monistischen politischen Ordnungskonzeption</p>	<p>Grundlegende Unterschiede zwischen Pluralismus und Monismus: - Einstellung zu Konflikten (Ausstrahlung - Unterdrückung) - Einordnung der in der Gesellschaft wirkenden Kräfte (Interessengegensätze - Klassenkampf) - Geschichtsauffassung (offen - teleologisch) - Verhältnis von Staat und Gesellschaft (Trennung - Identität)</p>	<p>Erarbeiten der Unterschiede unter Rückgriff auf Lernziel 3.2 und 3.4 im Unterrichtsgespräch und Vergleichendes Gegenüberstellen im Tafelbild Diskutieren der Bedeutung der pluralistischen und der Gefahren der monistischen Wertentscheidungen anhand konkreter Beispiele</p>	<p>Erläuterung der wesentlichen Unterschiede anhand konkreter Beispiele und Widerlegung monistischer Thesen</p>
<p>3.6 Fähigkeit, Möglichkeiten und Grenzen der Realisierung des Pluralismuskonzeptes im gesellschaftlichen Bereich darzustellen</p>	<p>Entscheidungsprozesse zur Lösung von Problemen z. B. im Bereich der Wirtschaft oder der Wissenschaft und Bildung: - Möglichkeiten pluralistischer Verfahren (z. B. Nebeneinander verschiedener Lehrmeinungen, unterschiedliche Interessen) - Grenzen pluralistischer Verfahren (z. B. Funktionsfähigkeit, Normierungszwang, Minderheitenschutz)</p>	<p>Darstellen eines Fallbeispiels aus dem Erfahrungsbereich der Schüler durch Lehrer bzw. Schülervortrag Erörtern von Möglichkeiten und Grenzen pluralistischer Verfahren im Unterrichtsgespräch oder in einer Podiumsdiskussion Erarbeiten von Thesen, die das Fallbeispiel verallgemeinern</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Protokoll der Podiumsdiskussion Bewertung der Argumente in einer Diskussion; Erläuterung der Pluralismuskonzeption an einem anderen Beispiel (z. B. Mitbestimmung)</p>
<p>3.7 Kenntnis der Hauptaspekte der marxistischen Ideologie und der kritischen Einwände</p>	<p>Grundlagen des Marxismus: - Historiat: Geschichte als Klassenkampf und als dialektischer Prozess - Dialektische Bedeutung: von ökonomischen und politisch-gesellschaftlichen Prozessen - Politökonomie: Mehrwert, Krisen- und Verelendungstheorie</p>	<p>Erarbeiten der Grundlagen anhand von Quellenauszügen z. B. zum Historiat: Aus dem „kommunistischen Manifest“ oder der „Deutschen Ideologie“ zum Dialekt: Revolutionsbegriff aus dem Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ Lehrervortrag über Mehrwerttheorie und zur Akkumulationstheorie</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Zusammenstellung von Argumenten zur Kritik der einzelnen Aspekte</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>3.8 Einsicht in die Veränderung der marxistischen Ideologie durch Leninismus und Stalinismus</p>	<p>Besonderheiten des Leninismus und Stalinismus: - Verlagerung des Klassenkampfes auf internationale Ebene - Rolle der Partei, „Sozialismus in einem Lande“ - Sozialismus als Übergangsphase zum Kommunismus - „Friedliche Koexistenz“ - und Breschnew-Doktrin</p>	<p>des Kapitals, der Krisen- und Verelendungstheorie Überprüfen der theoretischen Aussagen anhand der geschichtlichen Realität (3 Std.)</p>	<p>Vergleich von politischer Zielsetzung und wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Realität in der Sowjetunion</p>
<p>3.9 Fähigkeit, verschiedene Ausprägungen der heutigen Kommunismus- und Sozialismusvorstellungen zu unterscheiden und sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen</p>	<p>Grundvorstellungen der verschiedenen Richtungen des nicht-sozialistischen Kommunismus: - Maoismus (permanente Revolution, Kommunismus in einer Agrargesellschaft) - Reformkommunismus (z. B. in Jugoslawien, niedergeschlagene Ansätze in der Tschechoslowakei) - Kommunismus in Westeuropa</p>	<p>Erarbeiten des Zusammenhangs zwischen der politischen und ökonomischen Situation Rußlands zur Zeit der Oktoberrevolution und der daraus resultierenden Veränderungen in der marxistischen Theorie durch Lehrbucharbeit und Lehrervortrag Untersuchungen der Veränderungen im Hinblick auf die Marx'sche Theorie (2 Std.)</p>	<p>Kritische Stellungnahme zu aktuellen Fragen (z. B. Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien in Westeuropa)</p>

4. Strukturen und Prozesse internationaler Politik

- Richtziele:
1. Fähigkeit, Vorgänge der internationalen Politik auf die entscheidenden Faktoren, Kräfte und Interessen hin zu untersuchen
 2. Einsicht, daß der Bezugsrahmen für wesentliche politische Entscheidungen die Welt insgesamt ist und nicht mehr der Nationalstaat oder regionale Staatenbündnisse allein
 3. Bereitschaft, Situationen und Interessen anderer Länder in die Reflexion der politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>4.1 Einsicht in die Diskrepanz zwischen weitweiten Verflechtungen und Aufgaben und den begrenzten Möglichkeiten nationalstaatlicher Außenpolitik</p>	<p>Wechselseitige Einwirkungsmöglichkeiten zwischen internationalen Beziehungssystemen und den Nationalstaaten z. B. in den Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Politik, - des Normativ-Ideologischen - der Wirtschaft - des Militärischen - der Technologie und Wissenschaft 	<p>Aufzeigen der Verflechtungen durch Kombination von Folien, die die vielfältigen Beziehungen erkennen lassen</p> <p>Verdeutlichen der Bedeutung einzelner Bereiche durch Auswertung von Statistiken</p> <p>Diskutieren der nationalstaatlichen Möglichkeiten und ihrer Grenzen an Beispielen wie Översorgung, Fischereistreit (2 Std.)</p>	<p>Erläuterung der Komplexität außenpolitischer Aufgaben anhand von Organisationsplänen damit befaßter Ministerien</p>
<p>4.2 Kenntnis der Zielsetzung und des Standes der europäischen Einigung</p>	<p>Ziele europäischer Einigungsbestrebungen aufgrund unterschiedlicher politischer Vorstellungen und veränderter Bedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wirtschaftliche Einigung (Wirtschafts- und Zollunion) - politische Einigung (z. B. Bundesstaat, Staatenbund) <p>Stand der Integration der europäischen Gemeinschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bereiche mit fortgeschrittener Integration und mit Integrationsdefiziten - Probleme der demokratischen Legitimation und der Durchsetzbarkeit supranationaler Entscheidungen 	<p>Auswerten von Quellentexten (z. B. der Präambeln der Römischen Verträge, Aussagen von de Gaulle und Adenauer sowie der großen europäischen Parteien) in arbeitsteiligen Gruppen</p> <p>Vergleichendes Gegenüberstellen der Ergebnisse ausgehend vom EWG-Vertrag</p> <p>Überprüfen des Integrationsstandes an konkreten Beispielen (wie Zollabbau und Steuerharmonisierung, Freizügigkeit)</p>	<p>Darstellung von Für und Wider der grundsätzlichen Integrationsmodelle</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
<p>4.3 Fähigkeit, europapolitische Interessen in die Beurteilung der Realisierungschancen politischer Zielvorstellungen einzubeziehen</p>	<p>Integrationsfördernde und -hemmende Interessen der EG-Staaten der USA, der Sowjetunion und der Dritten Welt in verschiedenen Bereichen, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der nationalen Identität der ordnungspolitischen Grundentscheidungen - der wirtschaftlichen Zusammenarbeit - der Sicherheitspolitik 	<p>Erarbeiten der nationalen und supra-nationalen wirtschaftlichen und politischen Interessen im Unterrichtsgespräch</p> <p>Auswerten von Quellen zu sicherheitspolitischen Interessen und ordnungspolitischen Grundentscheidungen in Partnerarbeit</p> <p>Veranschaulichen der gemeinsamen, gegensätzlichen und einander überlagernden Interessen in einer graphischen Darstellung</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Stellungnahme zu konkreten Vorschlägen der europäischen Einigung</p>
<p>4.4 Einsicht in Probleme der Friedenssicherung durch Rüstung, Rüstungsbegrenzung und Bündnissysteme</p>	<p>Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Supermächte, NATO und des Warschauer Paktes:</p> <ul style="list-style-type: none"> - militärische Machtpotentiale (z. B. Waffensysteme, militärische Strategien) - Wandel der Verteidigungskonzepte der NATO in Abhängigkeit von der weltpolitischen Lage - kollektive Sicherheitsvereinbarung der UNO - Rüstungsvereinbarungen und -begrenzungen 	<p>Auswerten von Quellentexten und Statistiken (z. B. aus dem Weißbuch)</p> <p>Schülerreferate über die wichtigsten Sicherheitskonzeptionen nach dem Zweiten Weltkrieg (z. B. Politik des containment, roll back, status quo, der Vereinbarung) und über die modernen Forschungsansätze und Ab-rüstungsverhandlungen (z. B. SALT, MBFR, KSZE) anhand von vorgegebenen Leitfragen</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Vergleich unterschiedlicher Sicherheitskonzeptionen und Darstellung der jeweiligen Schwächen und Vorzüge</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLE
4.5 Einsicht in das Beziehungsgeflecht zwischen hochindustrialisierten und Entwicklungsländern und in die Funktion entwicklungspolitischer Maßnahmen	Gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern: - Handelsstruktur und Terms of Trade - Transfer von Kapital und Technologie - politisches Gewicht bei internationalen Auseinandersetzungen (z. B. Stimmrecht der Länder der Dritten Welt in der UNO) Funktionen entwicklungspolitischer Maßnahmen, z. B.: - Abbau von sozialen Ungleichheiten - Erhaltung bzw. Schaffung von Absatzmärkten - Erhaltung bzw. Schaffung von politischen Einflußbereichen	Erarbeiten anhand eines Fallbeispiels (wie entwicklungspolitische Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zu Brasilien) oder Auswerten von statistischen Unterlagen und Quellen (z. B. UNO-Satzung und Abstimmungsergebnisse zu verschiedenen Zeitpunkten) im Unterrichtsgespräch Verdeutlichen der Lebensverhältnisse in Ländern der Dritten Welt an Schaubildern (evtl. Einsatz von Filmen)	Begründung der Notwendigkeit von Entwicklungshilfe

(4 Std.)

Folgende Lehrpläne, Handreichungen und Arbeitsberichte können bei der Druckerei A. u. R. Hintermaier, Edlingerplatz 4, 8000 München 90, Tel.089/651 55 45 bezogen werden.

1. Lernzielorientierte Lehrpläne

1.1 Berufsschulen

1.1.1 Berufsgrundbildungsjahr**

Berufsfeld:
Wirtschaft/Verwaltung, 1977
Metalltechnik, 1977
Elektrotechnik, 1977
Bautechnik, 1977
Holztechnik, 1977

Berufsfeld:
Textil und Bekleidung, 1977
Körperpflege, 1976
Ernährung/Hauswirtschaft, 1977
Agrarwirtschaft, 1978

1.1.2 Berufsgrundbildungsjahr Zug J

Berufsfeld Bekleidung, Gesundheits- und Körperpflege, Ernährung/Hauswirtschaft, 1975
Berufsfeld Metall – Bau/Holz – Farb- und Raumgestaltung, 1975

1.1.3 Berufsschulen – Fachklassen

Apothekenhelfer, 1978, i. Vorb.
Arzthelferin, 1978, i. Vorb.
Augenoptiker, 1978
Bankkaufmann, 1975*
Bekleidungsberufe, 1977
Buchhändler, 1975*
Drucker, i. Vorb.
Elektrotechn. Berufe, 1977 (mit u.ohne AO)
Friseur, 1977
Gärtner, i. Vorb.
Hauswirtschaftlerin, 1977
Hauswirtschaftstechnischer Helfer, i. Vorb.
Hochbaufacharbeiter, 1978, i.Vorb.
Industriekaufmann, 1975*
Kaufm.im Groß- u.Außenhandel, 1975*

Keramische Berufe, 1977
Kraftfahrzeugmechaniker, 1977
Kunststoff-Formgeber, i. Vorb.
Landwirt, 1976
Pelzwerker und Kürschner, 1977
Rauausstatter, 1977
Sägewerker, 1978
Steinmetz, 1977
Textilberufe, 1978
Uhrmacher, i. Vorb.
Versicherungskaufmann, 1975*
Zahnarzthelferin, 1978
Zahntechniker, 1978, i. Vorb.
Zimmerer, 11. Jahrgst., 1978, i.Vorb.

1.1.4 Berufsschulen einschl. Berufsgrundbildungsjahr und Berufsfachschulen

Deutsch, 1977
Sozialkunde, 1977

Religionslehre, evangelisch, 1977
Religionslehre, katholisch, 1978

1.2 Berufsfachschule

Hauswirtschaft, 10.u.11.Jahrgst., 1978
Kinderpflege, 10. u. 11. Jahrgst., 1978

Wirtschaft, 10. u. 11. Jahrgst., i. Vorb.
Maschinenbau, i. Vorb.

1.3 Berufsaufbauschulen

Deutsch, Englisch, 1976
Mathematik – Techn. Physik – Techn. Zeichnen mit Darst. Geometrie – Biologie, 1976
Volkswirtschaft – Rechnungswesen, 1976
Chemie, i. Vorb.
Geschichte, i. Vorb.
Sozialkunde, i.Vorb.

1.4 Fachschulen

Wirtschaftlerinnen, i. Vorb.
Technikerschulen: Fachrichtung Bautechnik, i. Vorb.
Technikerschulen: Fachrichtung Holztechnik, i. Vorb.

*) Überarbeitete Lehrpläne sind demnächst zu erwarten.

***) Auf Grund der neuen Stundentafeln und der Rahmenlehrpläne erfolgt in einigen Berufsfeldern 1978/79 eine Überarbeitung.

1.5 Fachakademien

Ausbildungsrichtung: Hauswirtschaft, 1975

Ausbildungsrichtung: Sozialpädagogik: Berufliche Lernbereiche, 1975

Ausbildungsrichtung: Sozialpädagogik: Englisch, Biologie, 1975

Ausbildungsrichtung: Sozialpädagogik: Entwurf einer lernzielorientierten Handreichung für die prakt. Ausbildung des Erziehers, 1976

Ausbildungsrichtung: Wirtschaft, Heft 1: Betriebswirtschaft, Rechnungswesen, Volkswirtschaft, Recht, Organisation/Datenverarb., Wirtschaftsmathematik, Statistik, 1975

Ausbildungsrichtung: Wirtschaft, Heft 2: Betriebliche Funktionsbereiche, 1976

Ausbildungsrichtung: Wirtschaft, Heft 3: Deutsch, Englisch, Sozialkunde, 1977

1.6 Fachoberschulen

Chemie, i. Vorb.

Deutsch, 1978

Englisch, 1978

Geschichte, 1977

Mathematik, Ausbildungsrichtung: Technik, Nichttechnische Ausbildung, 1976

1.7 Berufsoberschulen

Arbeitslehre – Ausbildungsrichtung: Technik, Gewerbe – Wirtschaft, Hauswirtschaft und Sozialpflege – Landwirtschaft, 1976

Biologie – Ausbildungsrichtung: Hauswirtschaft, Sozialpflege, Landwirtschaft, 1978

Geschichte, i. Vorb.

Sozialkunde, 1978

Wirtschaftslehre – Ausbildungsrichtung: Hauswirtschaft und Sozialpflege, 1978

Wirtschaftslehre – Ausbildungsrichtung: Landwirtschaft, 1978

2.1 Berufsschulen

2.1.1 Berufsgrundbildungsjahr

Sachmittelstandards für das BGJ: Bautechnik, 1978, i. Vorb.

2.1.3 Berufsschulen – Fachklassen

Bankkaufmann, 1975

Fleischer und Verkäuferinnen im Fleischerhandwerk, 1977

2.1.4 Berufsschulen einschl. Berufsgrundbildungsjahr und Berufsfachschulen

Sozialkunde, Teil 1, 10. Jahrgangsstufe, 1977

Sozialkunde, Teil 2, 11. Jahrgangsstufe, 1978, i. Vorb.

2.3 Berufsaufbauschulen

Biologie, 1977

Rechnungswesen, 1977

2.4 Fachschulen

Altenpflege, 1975

Technikerschulen: Fachrichtung Maschinenbau, 1978, in Vorb.

Technikerschulen: Fachrichtung Elektrotechnik, 1978, in Vorb.

2.6 Fachoberschulen

Biologie, 1977

Pädagogik/Psychologie, Ausbildungsrichtung Sozialwesen, 1975

Rechnungswesen, Ausbildungsrichtung Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege, 1975

2.7 Berufsoberschulen

Englisch, 1976
Informatik, 1977
Mathematik, 1976
Physik, 1977

3. Handreichungen für den Schüler

Kontenplan für die Industrie nach dem IKR, 1975

(zu den Lehrplänen, Industriekaufmann, Rechnungswesen – BAS, FOS, WS)

Sozialkunde: Materialiensammlung (Quellen, Dokumente, Statistiken), 1977

Zusammengestellt v. KEITEL; lernmittelfrei genehmigt mit Nr. A/11-12/116473/77 v.8.9.77

Berufsgrundbildungsjahr Bautechnik: Aufgaben der Leistungsfeststellung im Schulj. 1977/78
mit Lösungen, i. Vorb.

4. Sonstiges

Keitel, Ernst: Berufliche Schulen im Politischen Kräftefeld. Eine Studie zum Vollzug des
Gesetzes über das berufliche Schulwesen in Bayern, 1977

Winner, Konrad: Aufgaben der Abschlußprüfung zum staatl. gepr. Betriebswirt - Prüfung 1976,

5. Arbeitsberichte

- | | | | |
|---------|---|----|------|
| Nr. 11: | INGRID MÜLLER: Lernzielfindung aus der Sicht von Jugendlichen
– Lernziele für die Sekundarstufe, 1975 | DM | 7,40 |
| Nr. 16: | SIEGLINDE REICHERT (unter Mitarbeit von W. v. Alt-Stutterheim,
L. Bittlinger, J. Kratzl): Vereinheitlichung der Normenbücher?
Eine analytisch-synoptische Studie, 1976 | DM | 7,90 |
| Nr. 20: | HANS SPECHT: Mathematische und fachtheoretische Leistungs-
erfassung mit Hilfe lernzielorientierter Testaufgaben
– Begleituntersuchung zum Berufsgrundschuljahr 1972/73, 1976 | DM | 8,50 |
| Nr. 21: | WOLFGANG von ALT-STUTTERHEIM: Studieneinstellung
ehemaliger Kollegiaten – Begleituntersuchung zur Kollegstufe, 1977 | DM | 9,80 |
| Nr. 24: | WOLFGANG von ALT-STUTTERHEIM: Kursangebot und Kurs-
wahlverhalten in Kollegstufen mit zahlenmäßig kleinen Jahrgangs-
stufen; Begleituntersuchung zur Kollegstufe, 1977 | DM | 4,95 |
| Nr. 29: | GEORG BRINNINGER/GÜNTER SCHRICKER: Die fachprakti-
schen Leistungen im Berufsgrundschuljahr. Ergebnisse aus einer
Begleituntersuchung an bayerischen Berufsschulen, 1977 | DM | 5,40 |
| Nr. 30: | ERNST GEYER: Erste Ergebnisse der Erhebung an Fachakade-
mien für Sozialpädagogik in Bayern – Fachübergreifender Abschnitt,
1977 | DM | 3,50 |

Nr. 31:	INGRID MÜLLER: Lehrmeinungen zum Berufsgrundschuljahr und seinen Lehrplänen, 1977	DM 3,95
Nr. 32:	GERTRUDE DIRNSTORFER / INGRID MÜLLER: Das Berufsgrundschuljahr Zug J im Urteil von Schülern und Lehrern. Zusammenfassende Darstellung der Beobachtung im Schuljahr 1975/76, 1977	DM 14,50
Nr. 33:	GEORG BRINNINGER/GÜNTER SCHRICKER: Begleituntersuchung zum Berufsgrundschuljahr 1976/77. Die fachpraktischen Leistungen im Berufsgrundschuljahr (1976/77), 1977	DM 12,50
Nr. 35:	Erfahrungen von Schülern mit dem Berufsgrundschuljahr. Zusammengefaßte Ergebnisse aus einer Erhebung bei Berufsgrundschuljahren und Schülern des Teilzeitunterricht im Schuljahr 1974/75. Begleituntersuchung zum Berufsgrundschuljahr, 1977	DM 5,40
Nr. 37:	Gutachten zum Vergleich der Abschlußprüfungen der Berufsoberstufe 1975 mit den Abiturprüfungen des Gymnasiums (herkömmliche Oberstufe) des Prüfungsjahres 1975, 1977	DM 17,90
Nr. 44:	Die wissenschaftliche Begleitung der neugestalteten gymnasialen Oberstufe (Kollegstufe) in Bayern – Fallstudie –, 1978	DM 7,55

